

Sie sind hier: morgenweb > Nachrichten > Südwest

Drucken Senden

**RADIKALENERLASS:** Baden-Württembergs Grünen-Landtagsfraktion will Vergangenheit aufarbeiten

## Runder Tisch mit Betroffenen

Von unserem Korrespondenten Michael Schwarz



Auch Winfried Kretschmann (links) - hier mit dem Grünen-Abgeordneten Wolf-Dieter Hasenclever 1983 - drohte in den 70er Jahren ein Berufsverbot als Referendar.

© dpa

**STUTTGART.** Über 40 Jahre ist der Radikalerlass jetzt her: Am 28. Januar 1972 beschloss die Ministerpräsidentenkonferenz unter dem Vorsitz des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt (SPD), dass Bewerber und Mitglieder im öffentlichen Dienst vom Verfassungsschutz durchleuchtet werden. Damit sollte festgestellt werden, ob eine Person verfassungstreu ist und damit geeignet ist, beim Staat in Berufen wie Postbote, Verwaltungsbeamter oder Lehrer zu arbeiten.

### Landesweit hunderte Betroffene

In der Folge kam es bundesweit zu rund 11 000 Berufsverboten und zu über 2000 Disziplinarverfahren. In Baden-Württemberg gab es damals mehrere Hundert Betroffene. Mit ihnen plant die Landtagsfraktion der Grünen jetzt einen Runden Tisch. Ziel ist es, die Vergangenheit aufzuarbeiten.

### DER RADIKALENERLASS

Der letzte Fall eines Berufsverbots im Südwesten betraf den 1970 in Heidelberg geborenen Michael Csaszkóczy. 2004 verweigerte ihm das Karlsruher Oberschulamt die Anstellung als Lehrer im Staatsdienst.

Als Grund wurde sein Engagement in der Antifaschistischen Initiative Heidelberg genannt, die der Verfassungsschutz dem linksextremistischen Spektrum zuordnet.

Der Fall ging durch mehrere Instanzen, ehe das Berufsverbot 2007 für rechtswidrig erklärt wurde.

Das Karlsruher Landgericht verurteilte das Land Baden-Württemberg zu einer Schadenersatzzahlung in Höhe von 33000 Euro. mis

"Im Mai treffen wir uns zum ersten Mal", sagt Ulrich Sckerl, Parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen-Landtagsfraktion. Teile seiner Fraktion werden dann am Tisch sitzen. Ob auch andere Parteien teilnehmen, ist laut Sckerl noch unklar. Dann werde auch geprüft, ob das Thema im Parlament umfassend behandelt werden soll.

In die Schlagzeilen kam der Radikalerlass zuletzt, weil Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) in den 70ern als angehender Referendar ein Berufsverbot drohte. Der Grünen-Politiker war als Student Mitglied im Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW). 1975 teilte das Oberschulamt dem damals 27-jährigen Kretschmann kurz vor dessen

### TICKER

NEWS RHEIN-NECKAR LEUTE TICKER

- 08:33 UHR** Bsirske bereitet Eltern auf lange Kita-Streiks vor
  - 08:29 UHR** Feuer im Tröglitzer Flüchtlingsheim
  - 07:49 UHR** Co-Pilot beschleunigte während des Sinkfluges
  - 07:33 UHR** Mubarak erneut wegen Korruptionsvorwürfen vor
  - 06:29 UHR** Zehntausende gehen mit Papst den Kreuzweg
- Alle Meldungen

### DAS WETTER IN DER METROPOLREGION

MANNHEIM - PROGNOSE FÜR 9 UHR

7°



MIN. 4°

MAX. 9°

Wetter in Mannheim

Wetter der Region



### VIDEO Rimbacher Schüler besuchen MM

Rimbacher Schüler besuchen MM (1:16)

Mannheim, 14.01.2015: Schüler des Martin-Luther-Gymnasiums in Rimbach haben hinter

die Kulissen des Mannheimer Morgen geschaut. Mit Redakteur Steffen Mack haben sie auch darüber diskutiert, ob Schreibschrift noch in der Schule gelernt werden sollte.

### Schreibschrift abschaffen?

In Finnland wird das Erlernen der Schreibschrift ab Herbst 2016 aus dem Lehrplan gestrichen. Sollte man die Schreibschrift auch bei uns aus dem Lehrplan streichen?

- Ja, in der digitalisierten Welt braucht man das ohnehin nicht mehr.
- Nein, Schreibschrift sollte jeder beherrschen, sie ist Teil unserer Kultur und Identität.
- Ich bin mir unsicher. Man sollte Schreibschrift zumindest freiwillig lernen können.

### Ergebnis

### FOTOSTRECKEN SÜDWEST



Dreyer für Gleichstellung von Mann und Frau



Pfandringe in Baden-Württemberg



Unmut bei Wahl zu neuem Landtagspräsidenten



Die Wilhelma und ihre Tiere

### Politik

Vereidigung mit, dass er nicht zum Referendariat zugelassen werden könne, da er im Zuge des Radikalenerlasses noch überprüft werden müsse. Am Ende wurde er doch zugelassen.

Den Verfassungsschützern war es zudem ein Dorn im Auge, dass Kretschmann Anfang der 70er für kommunistisch-sozialistisch geprägte studentische Hochschulgruppen bei Wahlen antrat. Angesprochen auf seine Vergangenheit und seine Sozialisation in linken K-Gruppen spricht der Ministerpräsident rückblickend von einem "fundamentalen politischen Irrtum". Ganz so einfach wollen es Kretschmann die Betroffenen von damals aber nicht machen.

Im Frühjahr 2012 wandte sich die Initiative "40 Jahre Radikalenerlass" mit zwei Briefen an den Regierungschef. Darin steht: "Unsere Forderungen sind die Rehabilitierung und Entschädigung der Betroffenen, die Offenlegung und Vernichtung der Verfassungsschutz-Akten und das Ende der geheimdienstlichen Bespitzelung kritischer Oppositioneller."

Kretschmann antwortete erst im Dezember 2012. Darin erklärt der Ministerpräsident, er teile die Forderungen inhaltlich nicht. Fehlende Unterlagen würden eine Einzelfallprüfung nicht ermöglichen. "Natürlich gibt es noch genügend Akten. Die befinden sich im Hauptstaatsarchiv oder bei den Betroffenen selbst", sagt Lothar Letsche, einer der beiden Sprecher der Initiative. Er glaubt, Kretschmann wolle das Thema wegen der Landtagswahl im März 2016 klein halten.

Die Initiative wird zehn Personen an den Runden Tisch entsenden, die damals vom Berufsverbot betroffen waren. "Wir würden uns freuen, wenn die FDP und die SPD auch dazukommen würden", sagt Letsche. Bei der CDU sei er hingegen eher skeptisch. Er fordert eine Entschuldigung Kretschmanns bei den damals Geschädigten. Dabei dürfe die persönliche Vergangenheit des Grünen-Politikers keine Rolle spielen. "Er könnte dies in seiner Funktion als Ministerpräsident machen", sagt Letsche. Schließlich sei es ja nicht mehr möglich, "Herrn Filbinger darum zu bitten".

Auch aktuell wird im öffentlichen Dienst bei Zweifeln an der Haltung zur Verfassung von Bewerbern eine Anfrage an den Verfassungsschutz gestellt. Ist dies der Fall, wird der Bewerber darüber informiert. Wer bei der Polizei eingestellt werden möchte, muss einen Fragebogen ausfüllen und darin eine Mitgliedschaft in einer extremistischen Organisation ausschließen.

© Mannheimer Morgen, Samstag, 04.04.2015

  Drucken Senden

Obama lobt Iran-Deal - Freudentänze in Teheran



Alle Videos >>

ZU UNSEREN THEMENWELTEN



**MEDIADATEN, ERSCHEINTERMINE & BLÄTTERKATALOGE**  
Alle Informationen zu den Sonderthemen Ihrer Tageszeitung

Hier finden Sie Mediadaten und aktuelle Blätterkataloge der Sonderthemen Ihrer Tageszeitung

**Sonderthemenplan Mannheimer Morgen**

**Sonderthemenplan Bergsträßer Anzeiger**

**Sonderthemenplan Schwetzinger Zeitung / Hockenheimer Tageszeitung**

- Rund ums Auto
- Freizeit aktiv
- Shopping & Lifestyle
- Gesundheit & Wohlbefinden
- Beruf & Wirtschaft
- Wohnen & Leben



Aktuelle Sonderthemen

Blättern Sie hier bequem durch die aktuellen Zeitungsbeilagen zu interessanten Sonderthemen.

**POLITIK**



Feuer im Tröglitzer Flüchtlingsheim nach rechtsextremen Protesten

Tröglitz (dpa) - In dem zukünftigen Asylbewerberheim in Tröglitz in Sachsen-Anhalt hat es in der

Nacht zum Samstag gebrannt. Die Polizei nahm Ermittlungen wegen des Verdachts auf Brandstiftung auf. Der Ort im Burgenlandkreis ist bundesweit in den Schlagzeilen, seit der ehrenamtliche Bürgermeister... [mehr]

**POLITIK** Karsamstag und Ostern

**POLITIK** Papst-Bruder stützt den Papst

**ATOM-EINIGUNG (1)** Freude im Iran, Zurückhaltung in den USA

**HESSEN/RLP**



Umtriebig wie eh und je

Frankfurt/Paris. Packt er es doch noch und überrascht einmal mehr alle Welt? Die Energie hätte er, die Beliebtheit auch - und zuzutrauen ist ihm ohnehin alles. Mit einem Augenzwinkern wird in Frankreich spekuliert, ob sich Daniel Cohn-Bendit zu einer Präsidentschaftskandidatur aufschwingen könnte... [mehr]

**KIRCHE** Bei Trauer gegenseitig stützen